

**BUNDESMINISTERIUM  
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

2/SN- 91/ME

GZ. 13.464/2-3/84

An das  
Präsidium des  
Nationalratesin WIENGESETZENTWURF  
Zl. 50 -GE/19 84

Datum: 28. AUG. 1984

Verteilt 1984-09-03 fe

Dr. Bauer

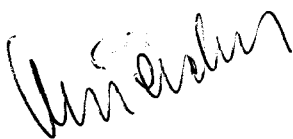
Entwurf eines Bundesgesetzes über das  
Dienstrecht der land- und forstwirtschaftlichen  
Landeslehrer  
Stellungnahme im Rahmen des Begutachtungsverfahrens

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst übermittelt in der Anlage 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ausgesandten Entwurf eines Bundesgesetzes über das Dienstrecht der land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer (Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz).

Beilage

Wien, am 23. August 1984  
Für den Bundesminister:  
Dr. JONAK

F.d.R.d.A.



**BUNDESMINISTERIUM  
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

GZ. 13.464/2-3/84

Sachbearb.: Dr. FANKHAUSER  
Tel.: 6620/2366

An das  
Bundesministerium für  
Land- und Forstwirtschaft

in W i e n

Entwurf eines Bundesgesetzes über das  
Dienstrecht der land- und forstwirtschaftlichen  
Landeslehrer  
Stellungnahme im Rahmen des Begutachtungsverfahrens  
Zu Zl. 01200/51-Pr/A/2/84

Das Bundesministerium für Unterricht und Kunst teilt mit, daß zum Entwurf eines Landeslehrer-Dienstrechtes von seinem Ressortstandpunkt aus keine Bedenken bestehen.

Zu § 116 Abs. 1 wird bemerkt:

Das in den Erläuterungen zitierte Gutachten des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst (GZ 600.811/1-V/2/81) wurde unter dem Gesichtspunkt des Art. 14 B-VG erstellt. Bei Übertragung der darin gemachten Schlußfolgerungen auf das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen muß jedoch der von Art. 14 abweichende Art. 14a B-VG beachtet werden.

Während Art. 14 Abs. 3 lit. b B-VG die äußere Organisation (Schulhaltung) der öffentlichen Pflichtschulen in der Grundsatzgesetzgebung dem Bund und in der Ausführungsgesetzgebung sowie Vollziehung den Ländern zuweist, fällt diese auf Grund der zugunsten der Länder gefaßten Generalkompetenz des Art. 14a Abs. 1 B-VG im Bereich der öffentlichen land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen in die ausschließliche Zuständigkeit der Länder. Deshalb kann in einem Bundesgesetz den Ländern auch nicht vorgeschrieben werden, daß sie bei der Regelung von Angelegenheiten der Schulbauten Bestimmungen hinsichtlich des Dienstnehmerschutzes aufzunehmen haben, wie dies im § 116 Abs. 1 des vorliegenden Entwurfes (entsprechend dem § 113 Abs. 1 LDG 1984, BGBl.Nr. 302/1984) geschehen ist.

Wien, am 23. August 1984

Für den Bundesminister:

Dr. JONAK

F.d.R.d.A.

